



Walter Hallstein-Institut
für Europäisches Verfassungsrecht

Humboldt-Universität zu Berlin

WHI - Paper 6/06

**Fragen und Antworten für den Newsletter
„Thinking Europe“ zum Thema deutsche
EU-Ratspräsidentschaft**

<http://www.lab-concepts.de/englversion/onlinedienste/newsletter.asp>

Ingolf Pernice

November 2006

1. Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 verbinden sich viele Erwartungen, nicht zuletzt in Bezug auf einen Weg aus der Verfassungskrise. Teilen Sie diese Hoffnungen?

Große Mitgliedstaaten sind selten erfolgreich in der Ratspräsidentschaft, wenn es um grundsätzliche Fragen oder wichtige politische Anliegen geht. Der Verdacht, dass es sich um den Versuch handelt, eigene Machtinteressen durchzusetzen, liegt immer nahe. Bei kleinen Mitgliedstaaten ist dieser Verdacht geringer, sie sind als Ratspräsidentschaft dann oft erfolgreicher.

Das deutsche Präsidentschaftsprogramm wurde parallel zu den vorangehenden Präsidentschaften entwickelt und baut insbesondere auf der Arbeit der finnischen Präsidentschaft auf. Es ist auf die Trias der deutschen, portugiesischen und slowenischen Präsidentschaft ausgerichtet, eine enge Zusammenarbeit mit den betreffenden Regierungen ist vorgesehen. Diese mittelfristig angelegte Strategie begründet die Erwartung, dass die deutsche Präsidentschaft erfolgreich wird. Der Erfolg hängt von zwei Voraussetzungen ab:

- Die Regierungen von Portugal und Slowenien müssen intensiv an den kommenden Planungen für die konkrete Umsetzung des Präsidentschaftsprogramms beteiligt werden. Nur so kann der volle Zeitraum von 18 Monaten genutzt werden.
- Die Europäische Kommission war der Schlüssel für den Erfolg der EG bis heute; in der auf 27 Mitgliedstaaten erweiterten EU wird sie es mehr sein denn je. Jede Regierung möchte sich mögliche Erfolge selbst zurechnen. Ohne die vorbehaltlose Stärkung der Kommission und ihre volle Einbindung in Umsetzung und Fortentwicklung des Programms aber wird der Erfolg ausbleiben.

Deutschland wird unter diesen Voraussetzungen auch einen Weg aus der Verfassungskrise vorzeichnen. Konkrete Schritte werden aber erst auf dem Europäischen Rat im Juni 2007, nach den französischen Präsidentschaftswahlen benannt werden. Daher kommt es auch hinsichtlich der Wege aus der Verfassungskrise auf längerfristige Strategien an, für die die deutsche Ratspräsidentschaft in den ersten Monaten des Jahres 2007 den Boden bereiten kann. Das sie dazu fähig ist, lassen nicht nur die ersten Erfolge von Frau Merkel bei der Lösung der EU-Finanzkrise erwarten, sondern auch die große europapolitische Kompetenz ungewöhnlich vieler anderer Mitglieder der Bundesregierung und ihrer Berater.

2. Welche realistischen Ziele kann und sollte sich die deutsche Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr setzen?

Einen Weg aus der Verfassungskrise zu finden, ist ein realistisches Ziel. Praktisch alle Regierungen der EU sind sich über die Notwendigkeit einig. Ein weiteres realistisches Ziel ist die Vereinbarung einer gemeinsamen Politik zum Klimawandel und zur weiteren Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen vor und nach 2012, auf der Grundlage des „Stern-Reports“. Er lässt keine Wahl. Wird die europäische Strategie zur Energiesicherheit – eine weitere Priorität des Präsidentschaftsprogramms – als Komponente der Klimapolitik (die andere Seite der Medaille) konzipiert und durchgesetzt, so ist auch die Energiesicherheit ein realistisches Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft. Für den deutschen Bürger und den Zusammenhalt der Union von großer Bedeutung wird schließlich sein, dass die Vorstellungen darüber präzisiert werden, was das europäische Sozial- oder Gesellschaftsmodell sein kann – im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Ansätzen. Was zeichnet Europa aus, was tut die EU dazu, worauf können wir als Europäer stolz sein? Ziel der deutschen Präsidentschaft sollte es sein zu zeigen,

- dass in Europa Freiheit und Solidarität zusammengehören und erst durch diese Verbindung die Kräfte entstehen, die wir zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft brauchen;
- dass diese Europäische Union durch gemeinsames Handeln in der Lage ist, die Menschen hier nicht nur gegen die Risiken der Globalisierung zu schützen, sondern die Globalisierung in unserem Sinne mit zu gestalten;
- dass das Konzept der europäischen Integration als Rechtsgemeinschaft von Bürgern und Staaten in den vergangenen fünfzig Jahren Frieden und Wohlstand bei uns gesichert hat, jetzt aber auch über Europa hinaus einen Ansatz für die Sicherung des Friedens bieten könnte.

Diesen durchaus nicht unrealistischen Zielen dienen zahlreiche Einzelmaßnahmen, die im Programm vorgesehen sind. Sie sollten aber noch deutlicher in den Focus gesetzt werden.

3. Vielfach wird die „Europamüdigkeit“ oder die Skepsis der Bürger gegenüber Europa beklagt. Welche Impulse könnten von den deutschen Europapolitikern und speziell Bundeskanzlerin Merkel ausgehen, um die Bürger von den Vorteilen der Europäischen Union zu überzeugen?

Die Europapolitiker und speziell die Bundeskanzlerin Merkel sollten vor, während und auch nach der Ratspräsidentschaft Europa positiv ins Gespräch bringen, so wie das bereits begonnen wurde. Es geht darum, die

Bürgerinnen und Bürger an dem Prozess zu beteiligen, sie über die einzelnen Schritte zu informieren, mit ihnen ggf. über Probleme in den Dialog zu treten. Viele Ansätze dafür sind vorgesehen. Zu Recht haben Staats- und Regierungschefs, wie Claude Juncker oder auch schon Bertie Ahern bei ihren Humboldt-Reden zu Europa darauf verwiesen, dass Regierungen, die immer schlecht über Europa reden und der EU die Schuld für mißlungene Politik zuweisen, nicht von den Menschen erwarten können, dass sie am nächsten Tag für Europa und seine Verfassung stimmen. Eine konsequente Umsetzung der im Präsidentschaftsprogramm genannten Ziele im oben genannten Sinne wird die Bürgerinnen und Bürger überzeugen, wofür Europa gut ist. Dabei ist auch Demut gefordert statt Eitelkeit und Arroganz, die Fähigkeit, nicht nur mit der Kommission und den Partnerregierungen zusammen zu arbeiten, sondern auch deren Beitrag zu würdigen. Denn dass Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt in Europa und weltweit auch für künftige Generationen nicht von einer Regierung, von einem Staat allein gewährleistet werden können, weiß inzwischen jeder.

Bei allem sind auch die Medien gefordert: Ihre Berichterstattung und ihre Kommentare dürfen nicht, bei aller notwendigen Kritik, in hämische Herabsetzung abgleiten, die nur zeigen würde, dass die Komplexität der Prozesse nicht verstanden werden. Eine faire Berichterstattung zu Europa könnte dagegen durchaus auch ein Mittel gegen Europamüdigkeit sein. Das freilich liegt nicht in der Hand der Regierungen.